



Haushalts- und Finanzausschuss

113. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

10. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung **7**

Aktuelle Viertelstunde **8**

Thema: **Umgang mit Rentenbezugsmitteilungen in Nordrhein-Westfalen**

auf Antrag der SPD-Fraktion vom 7. Dezember 2009

- Stellungnahme von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 8
- Aussprache 10

^{*)} vertraulicher Teil mit TOP 11 siehe vAPr 14/36

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2010) 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/9702 und 14/10090
Drucksache 14/10217

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksachen 14/9702 und 14/10090 in der Fassung nach der zweiten Lesung – Drucksache 14/10217 – **unverändert anzunehmen**.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/9700 und 14/10090 (Ergänzung)
Drucksachen 14/10200 bis 14/10206, 14/10208, 14/10210 bis 14/10215
und 14/10220

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der **Änderungsantrag** aller vier Fraktionen (*wiedergegeben als **Anhang** zum Ausschussbericht **Drucksache 14/10400***) wird einstimmig **angenommen**.

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 3 der Drucksache 14/10400 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** in der Fassung nach der zweiten Lesung mit der soeben beschlossenen Änderung **anzunehmen**.

Berichterstatter: Oliver Wittke (CDU)

3 Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen **23**

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 14/9701

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, die **Finanzplanung** Drucksache 14/9701 **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Ewald Groth (GRÜNE)

4 Schuldenbremse für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte umsetzen **26**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9259

Ausschussprotokoll 14/947

In Verbindung mit:

Krisenbekämpfung ermöglichen – NRW zukunftsfähig gestalten

Entschließungsantrag
des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/9301

Antrag Drucksache 14/9259 wird zurückgezogen.

Nach kurzer Debatte **lehnt** der Ausschuss den **Entschließungsantrag** des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos) **Drucksache 14/9301** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen **ab**.

5 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz) 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

Stellungnahmen 14/2960, 14/2961 und 14/2965

Nach abschließender Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksache 14/10027 **anzunehmen**.

Berichterstatter: Thomas Eiskirch (SPD)

6 Managergehälter: Anstand wahren und Transparenz gewährleisten 33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9762

Der Antrag wird zurückgezogen, sodass eine Beratung entfällt.

7 Anmeldung zum Rahmenplan 2010 bis 2013 nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 34

Vorlage 14/2941

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag einstimmig, die **Vorlage 14/2941 zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Hans-Dieter Clauser (CDU)

8 Influenza-Pandemie-Planung – Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Impfstoffen (Impfstoff für Schwangere) 35

Vorlage 14/3071

Der Ausschuss **stimmt** einvernehmlich **zu**, den **Impfstoff nach Maßgabe der Vorlage 14/3071 zu beschaffen**.

9 Auslagerung von Risikopositionen und nichtstrategienotwendigen Geschäftsbereichen der WestLB AG in eine Abwicklungsanstalt (WestLB.AidA) 36

Vorlage 14/3062

*(Wortprotokoll auf Wunsch des Abgeordneten Rüdiger Sagel
[fraktionslos])*

Zunächst erfolgt eine Debatte, in deren Verlauf Minister Dr. Helmut Linssen (FM) einen Bericht vorträgt.

Der Ausschuss **stimmt** dem **Beschlussvorschlag** in **Vorlage 14/3062** gemäß § 20 Abs. 8 Satz 3 Haushaltsgesetz 2009 in der Fassung des Artikels 1 des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

10 Verschiedenes 46

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, sich an der **Anhörung** des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum **Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW nachrichtlich zu beteiligen**.

11 Aufwendungen des Landes für externe Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der WestLB AG 47

Vorlage 14/2922

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, hierüber **in vertraulicher Sitzung zu beraten**.

(Fortsetzung siehe vAPr 14/36)

1 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2010)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/9702 und 14/10090
Drucksache 14/10217

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Ewald Groth (GRÜNE) stellt fest, unter der Verantwortung der schwarz-gelben Koalition seien die Kassenkredite der nordrhein-westfälischen Kommunen in den letzten drei Monaten um 750 Millionen € auf 16,72 Milliarden € angewachsen. Angesichts dessen wüsste er gerne, ob der Finanzminister oder die Koalitionsfraktionen irgendein Konzept hätten oder Überlegungen anstellten, wie sie dieses Problem in den Griff bekommen wollten. Die Dramatik nehme ja auch nicht ab; denn aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes werde es zu weiteren Steuerausfällen kommen, und außerdem werde mit sinkenden Gewerbesteuererinnahmen gerechnet. Das GFG 2010 gebe keine Antwort darauf.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) versichert zunächst, er mache sich ständig Gedanken um die Landesfinanzen, ebenfalls um die Bundesfinanzen und noch mehr um die Kommunalfinanzen, zumal Länder und Kommunen in bestimmten Bereichen eine Einheit bildeten.

Die finanzielle Situation der Kommunen sei 2007/2008 im Durchschnitt sehr viel besser geworden, auch in Relation zum Land, aber das sei natürlich nur eine Durchschnittsbetrachtung. Eine differenziertere Darstellung sei der Wahrheitsfindung dienlich. Letzteres gelte natürlich auch für das, was von Herrn Groth und von Herrn Becker von den Grünen dazu immer wieder vorgetragen werde.

Das Finanzministerium spreche selbstverständlich mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber und mache das Thema auch in Berlin anhängig, weil man bei den Sozialleistungen und insbesondere den Kosten der Unterkunft, einem bundespolitischen Thema, die großen Sorgen der Kommunen teile. Das Schicksal der Kommunen sei bei der Landesregierung in guten Händen.

Ewald Groth (GRÜNE) entgegnet, wenn sich die Landesregierung in Berlin um die Kommunen kümmere, dann komme anscheinend nichts dabei heraus. Bislang könne der Finanzminister jedenfalls nichts vorweisen. Und wenn der Minister nicht nur eine Durchschnittsbetrachtung, sondern eine differenzierte Darstellung vornehmen wolle, sollte er doch auch einmal sagen, was er denn mit den Kommunen machen wolle, denen es besonders schlecht gehe. Er nenne nur die Kommunen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land, und es gebe auch viele kreisangehörige Gemeinden, die bald in die bilanzielle Überschuldung fallen würden. Die Einsetzung von Beratenden Sparkommissaren durch den Innenminister in bestimmten Gemeinden habe auch bisher

nichts erbracht. Der Finanzminister habe vor einem halben Jahr angekündigt, sich um die am ärgsten belasteten kreisfreien Städte zu kümmern. Auch dazu gebe es bisher keine weitere Nachricht.

Er möchte endlich einmal wissen, wie weit die Überlegungen des Landes bzw. des Finanzministers seien, um den Gemeinden, die sich in der schwierigsten Lage befänden, über die Klippe zu helfen.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) fragt sich, was Herr Groth wohl gesagt hätte, wenn der Landtag zum Beispiel dem Antrag der SPD gefolgt wäre, ein 5,3-Milliarden-Programm aufzulegen und die Verschuldung entsprechend hochzutreiben. Herr Groth argumentiere gespalten: Einerseits beklage er die zu hohe Verschuldung des Landes, andererseits wolle er offenbar ein Milliardenprogramm für die Kommunen. Nicht richtig sei auch seine Behauptung, dass seitens des Landes nichts passiere. So sei der Kofinanzierungsanteil der Kommunen bei bestimmten Programmen von 20 % auf 10 % reduziert worden, und der Eigenanteil könne auch durch Spenden erbracht werden. Die Landesregierung denke auch über anderes nach.

Hans-Willi Körfges (SPD) empfiehlt dem Finanzminister, den Antrag der SPD zum „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ noch einmal zu lesen; denn die Zahl von 5,3 Milliarden €, die der Minister dazu in den Raum stelle, habe mit dem Antrag nichts zu tun.

Der Redner kommt dann auf den Artikel „Handfester Krach über Finanznot der Städte“ in der „Westfalenpost“ vom 8. Dezember 2009 zu sprechen. Er sei dem Kollegen Wittke dankbar, der in Bezug auf die finanzschwachen Kommunen im Ruhrgebiet ein Umdenken gefordert habe. Innenminister Dr. Wolf und die FDP seien daran aber offenbar nicht interessiert. Von der CDU sei jetzt wieder einmal zu hören, dass darüber diskutiert werde, aber niemand wisse genau, worüber.

Der Finanzminister nehme beim Thema Verschuldung immer wieder die Opposition ins Visier, entwickle aber keine eigenen Vorstellungen. Er erinnere an die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zum GFG, in der umfassend dargestellt werde, welche Konsolidierungsbeiträge – von der Grunderwerbsteuer bis hin zum KiFöG – das Land den Kommunen abgeknöpft habe. Nun gebe das Land nicht nur nichts an die Kommunen zurück – die Art und Weise, wie der Finanzminister reagiere, zeige, dass ihm die Finanznot der Kommunen eigentlich egal sei.

Ewald Groth (GRÜNE) führt aus, im Jahre 2008 hätten die Gemeinden aus dem GFG 80 Millionen € mehr erhalten als 2005. Gleichzeitig habe das Land 700 Millionen € Steuereinnahmen mehr gehabt. Die Landesregierung verursache also die kommunale Finanzmisere selbst durch ihr Regierungshandeln.

Herr Wittke, der sich in der Presse kritisch geäußert habe, sei zu fragen, warum er zur dritten Lesung keinen Antrag stelle. Die Grünen wären bereit, einem Allparteiantrag beizutreten, auch wenn er nicht glaube, dass man die FDP ins Boot bekomme. Der Sache nach wäre das gerechtfertigt.

Zur Kritik des Ministers an seiner Argumentation dürfe er feststellen, dass nicht etwa die Grünen die Steuerausfälle aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes unterstützt hätten, sondern die Landesregierung zugestimmt und auch immer wieder betont habe, das sei alles kein Problem. Der Finanzminister rede diese Steuerausfälle schön, obwohl er wisse, dass sich weder eine Wachstumsbeschleunigung noch eine Refinanzierung ergeben werde. Von daher sei kein Verschulden der Grünen zu erkennen, sich nicht genügend um die Kommunal- oder Landesfinanzen zu kümmern. Der Finanzminister sei pflichtvergessen in beiden Fragen.

Christian Weisbrich (CDU) stellt fest, dass heute zur dritten Lesung des GFG keine Anträge vorlägen, und schlägt vor, die Generaldebatte im Plenum zu führen.

Anscheinend gehe es Herrn Körfges um die Frage, wie man aus nichts viel Geld machen könne, wie es schon die Alchimisten versucht hätten. Er wisse aber genau, dass Bund, Länder und Kommunen nur eines im Überfluss hätten, nämlich Schulden. Offenbar unterscheide Herr Körfges zwischen „guten“ und „schlechten“ Schulden. Die SPD habe die Konjunkturpakete I und II und das Bürgerentlastungsgesetz mitgetragen. Dadurch seien zusätzliche Ausgaben und Einnahmeverluste von 60 Milliarden € für die öffentliche Hand entstanden. Offenbar seien das „gute“ Schulden. Nun werde von der Opposition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kritisiert, bei dem es um 8 Milliarden € gehe, von denen allenfalls 1 Milliarde € als Problem betrachtet werden könne. Er bitte SPD und Grüne, Anträge zu stellen oder mit dieser fruchtlosen Debatte aufzuhören.

Angela Freimuth (FDP) schließt sich Herrn Weisbrichs Ausführungen an und zeigt sich bestürzt darüber, wie über die Finanznot der Kommunen im Ausschuss debattiert werde. Das GFG 2010 weise immerhin 6,4 Milliarden € für die Kommunen aus; das sei der zweithöchste Betrag, den es jemals gegeben habe. Es gebe unterschiedlichste Erscheinungsformen der kommunalen Finanznot. Unter anderem wirke sich die Umstellung auf das NKF an vielen Stellen aus. Es gebe strukturelle Defizite. Auch seien die eigenen Beiträge der Kommunen zu ihrer jeweiligen Haushaltskonsolidierung sehr unterschiedlich. Trotzdem schere die Opposition das pauschal über einen Kamm; es gebe nur den reflexartigen Ruf nach mehr Geld.

Der FDP sei die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sehr wichtig. Deshalb finde sie es schade, wenn das Thema genutzt werde, um Parolen auszugeben. Es wäre schön, im Ausschuss darüber zu diskutieren, wie das Land dazu beitragen könne, eine die kommunale Selbstverwaltung sichernde, auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu gewährleisten. Dazu gehöre auch, sich mit den Auswirkungen des NKF zu beschäftigen.

Zum GFG habe es von kommunaler Seite die Anregung gegeben, besser die Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, statt Mittel des Investitionsprogramms nur in Form von Pauschalen bereitzustellen. Dann würde es aber dazu kommen, dass die abundanten Kommunen, die bei den Schlüsselzuweisungen in der Regel leer ausgingen, für ihre vorausschauende Politik doppelt bestraft würden. Eine ähnliche Debatte habe es schon beim Feinabstimmungsgesetz gegeben. Sie empfehle, sich da-

mit nicht leichtfertig auseinanderzusetzen, sondern das gründlich miteinander zu diskutieren, und sie sei optimistisch, in dem Punkt irgendwann eine gute Lösung hinzubekommen.

Hans-Willi Körfges (SPD) entgegnet Frau Freimuth, das NKF habe keine finanziellen Auswirkungen, sondern es sei eine andere Darstellung. Beim NKF sei zwar die Frage, ob man bei den Ausgleichsrücklagen einen anderen formalen Status erhalte, aber an der Finanzsituation der Städte ändere das NKF nichts. Die andere Darstellungsform führe dazu, dass es an vielen Stellen Klarheit gebe, die er durchaus befürworte. Wenn die Kommunen jetzt an ihre Rücklagen herangehen müssten, zeige das, dass sie sich bald in dem Zustand finanzpolitischer Handlungsunfähigkeit befänden. Die Umstellung auf das NKF mache das transparent und zeige, dass man etwas tun müsse.

Angesichts der Verwechslung von Schlüsselzuweisungen und Investitionszuweisungen empfehle er Frau Freimuth, die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände einmal zu lesen. Man habe zulasten der Investitionspauschale die Schulpauschale erhöht und dadurch die Möglichkeiten der Kommunen eingeschränkt, mit den Investitionsmitteln freier umzugehen. Denn es seien keine finanziellen Mittel dazugekommen, sondern es habe nur eine neue Festlegung bei den Investitionsmitteln gegeben. Das hielten die kommunalen Spitzenverbände deshalb für ungünstig, weil die Kommunen im Rahmen des Konjunkturprogramms gerade im Bereich der nachhaltigen Förderung von Schulen schon eine Menge getan hätten, sodass die Möglichkeit bestanden hätte, auch andere nötige Investitionen etwas vorzuziehen.

Die SPD stehe zu dem, was mit den Konjunkturprogrammen gemacht worden sei, und die Landesregierung sei auch dafür zu loben, dass sie dafür gesorgt habe, dass die Mittel den Kommunen unmittelbar zugute gekommen seien. Auch die anderen Maßnahmen seien dem Grundgedanken der Wirksamkeit für die Konjunktur geschuldet gewesen.

Wenn die Bundesregierung jetzt denen, die es am dicksten hätten, Steuern erlasse, bringe das unter dem Konjunkturpolitischen Aspekt nichts. Konjunkturpolitische Wirkung würde man erzielen, wenn das Geld dafür verwendet würde, den Kommunen zu helfen, etwa den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ oder den „Rettungsschirm für die Kommunen“ zu verwirklichen. Er sei froh, dass einige Ministerpräsidenten der Union und sogar FDP-Koalitionsbeteiligte in anderen Bundesländern das erkannt hätten und sich mannhaft gegen den von der Bundesregierung beabsichtigten Unsinn stellten.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) würde gerne die Behauptung Herrn Groths, die Kommunen hätten im Jahr 2008 aus dem GFG nur 80 Millionen € mehr erhalten als 2005, richtigstellen. Er rufe in Erinnerung: Das GFG 2005 habe einen Umfang von 6,387 Milliarden € und das GFG 2008 einen Umfang von 7,573 Milliarden € gehabt.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf**

der Landesregierung Drucksachen 14/9702 und 14/10090 in
der Fassung nach der zweiten Lesung – Drucksache
14/10217 – **unverändert anzunehmen.**

Berichtersteller: Martin Börschel (SPD)

